

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Sitzungsort: Nordseehalle
Sitzungsdauer: 18:00 bis 22:25 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Dr. Heinrich Kleinschmidt

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt
Ratsfrau Berendine Bamminger
Beigeordneter Bernd Bornemann
Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Helga Grix
Beigeordneter Hans-Dieter Haase
Ratsherr Jürjen Heinks
Beigeordneter Horst Jahnke
Ratsherr Richard Janssen
Ratsherr Bernd Kalkkuhl
Ratsherr Rico Mecklenburg
Ratsfrau Elfriede Meyer
Bürgermeisterin Lina Meyer
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Kai-Uwe Schulze
Ratsherr Ihno Slieter
Beigeordneter Johann Südhoff
Ratsherr Richard Woldmer

(bis 22.08 Uhr)

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Herbert Buisker
Ratsherr Ihno Groeneveld
Ratsherr Kurt Hannappel
Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsfrau Monika Hoffmann
Beigeordneter Heinz-Werner Janßen
Ratsherr Hinrich Odinga
Bürgermeisterin Andrea Risius
Ratsherr Benedikt Rosenboom
Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Beigeordneter Erich Bolinius
Ratsherr Rolf Bolinius
Beigeordnete Hillgriet Eilers
Ratsherr Holger Klaassen
Ratsherr Meinhard Meißner
Ratsherr Franz Melles
Ratsherr Roland Riese
Ratsherr Gerhard Schaudinn

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz
Ratsfrau Christine Schmidt

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Jan Röttgers
Stadtrat Martin Lutz
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Protokollführerin Karin Jetses

ca. 200 Zuhörerinnen und Zuhörer
Vertreter der Presse

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 43 Ratsmitglieder anwesend.

Zu Beginn der Sitzung gedenkt der Rat eines verstorbenen Ratsmitgliedes:

Am 23. April 2004 verstarb im Alter von 73 Jahren Theodor Buß. Herr Buß gehörte von 1981 bis 1996 dem Rat der Stadt Emden an. Sein großes Interesse galt den sozialen Fragen der Gesellschaft. Der Rat der Stadt Emden wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Kleinschmidt bittet um Aufnahme der Vorlage 14/1179-00 „Bebauungsplan A 22, II. Änderung; Aufstellungsbeschluss (Stadium I), auf die heutige Tagesordnung.

Es wird mehrheitlich beschlossen, diese Vorlage unter TOP 8a auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr E. Bolinius erklärt, er habe am 29.04.2004 den Antrag auf einen Sachstandsbericht zum Thema „Wasserstadt am Hafentor“ gestellt. Dieser sei leider nicht termingerecht eingegangen. Da in der nichtöffentlichen Beschlussvorlage gravierende Änderungen aufgeführt würden, die zum Teil der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollten, bitte er darum, diesen Punkt mit auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Dr. Kleinschmidt erinnert daran, dass hierfür eine 2/3-Mehrheit erforderlich sei.

Herr Brinkmann erklärt sich bereit, unter dem Punkt „mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters“ zu dem Thema vorzutragen. Hiermit ist Herr E. Bolinius aufgrund der fehlenden Diskussionsmöglichkeit nicht einverstanden.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt über die Aufnahme des Punktes auf die TO abstimmen. Die Aufnahme des Antrages wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Haase beantragt im Namen der SPD-Fraktion, den unter Punkt 28 „mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters“ aufgeführten Bericht der Frauenbeauftragten abzusetzen,

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

da keine schriftliche Vorlage vorhanden sei. Frau Fekken sei damit einverstanden, in der Ratssitzung am 07.07.2004 zu berichten.

Herr E. Bolinius stimmt dem zu. Er bitte jedoch darum, Frau Fekken gleich zu Beginn der Sitzung berichten zu lassen. Dem wird so entsprochen.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Anfragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/1163-00
Wahl der Vertrauenspersonen als Beisitzer für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Hilsschöffen für die Geschäftsjahre 2005 – 2008

Beschluss: Der Rat wählt folgende Vertrauenspersonen als Beisitzer für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Hilsschöffen:

1. Marianne Pohlmann, Föhrenweg 8, 26725 Emden
2. Richard Janssen, Uttumer Reihe 7, 26721 Emden
3. Andrea Risius, Rilkestr. 16, 26721 Emden
4. Ihno Groeneveld, Uphuser Hammrich Weg 2, 26725 Emden
5. Erich Bolinius, Zum Bind 25, 26725 Emden
6. Hillgriet Eilers, Heinrich-Reimers-Str. 6, 26725 Emden

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 6 Vorlage 14/1108-00
Entlassung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Larrelt aus dem Ehrenbeamtenverhältnis

Herr Dr. Kleinschmidt betont, dass die Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis auf eigenen Wunsch passiere.

Beschluss: Der stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Larrelt, Herr Markus Voß, ist auf seinen Antrag gemäß § 195 in Verbindung mit § 38 Nds. Beamtengesetz zum nächstmöglichen Zeitpunkt aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister zu entlassen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Punkt : 7 Vorlage 14/1086-00
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V.
m. § 89 NGO

Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2004 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zu:

1. Verwaltungshaushalt –überplanmäßig-

- | | |
|--|-------------|
| a) 4980-7810 Zuschuss für die Entsorgung von Windelsäcken | 80.000,00 € |
| b) 4510-6300 Für Ferienmaßnahmen
(4605-6300 Werkvertragskosten)
(4603-6300 Werkvertragskosten) | 63.700,00 € |

2. Vermögenshaushalt –überplanmäßig-

- | | |
|--|-------------|
| a) 4647-9883 An Kindergartenträger für Investitionen | 35.900,00 € |
|--|-------------|

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 8 Vorlage 14/1023-00
Zusammenfassung der Straßen im Bebauungsgebiet D 24C, II. Abschnitt
(Gewerbegebiet Harsweg), zu einer Erschließungseinheit

Beschluss: Die im Bebauungsplangebiet D 24C, II. Abschnitt, gelegenen Planstraßen B („Klaus-Groth-Straße“), C (Erweiterung „Herderstraße“) und D (Erweiterung „Fritz-Reuter-Straße“) werden für die gemeinsame Aufwandsermittlung zu einer Erschließungseinheit gemäß § 130 Abs. 2 des Baugesetzbuches zusammengefasst.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 8 a Vorlage 14/1179-00
Bebauungsplan A 22, II. Änderung;
- Aufstellungsbeschluss (Stadium I)

Beschluss: Der Bebauungsplan A 22, II. Änderung, wird aufgestellt. Der Geltungsbereich ist in der Anlage dargestellt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 9 Vorlage 14/1071-00
2. Satzung zur Änderung der Miet- und Benutzungsverordnung der Stadt Emden für den Gemeinschaftsraum in Logumer Vorwerk vom 22. Januar 1973

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Beschluss: Die der Vorlage als Anlage beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Miet- und Benutzungsverordnung der Stadt Emden für den Gemeinschaftsraum in Logumer Vorwerk vom 22. Januar 1973 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 10 Vorlage 14/1048-00
Verkehrsentwicklungsplan

Herr Schulze erläutert, dass die Erschließung des Eisenbahndocks/Alter Binnenhafen durch eine neue Straßenverbindung mit einer Anbindung an die Nesserlander Straße im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung innenstadtnaher Flächen u. a. als Neubauprojekt für den motorisierten Individualverkehr (MIV) empfohlen werde. Er möchte wissen, ob es sich bei der Umgehungsstraße um eine kurz- oder langfristige Maßnahme handele.

Herr Röttgers antwortet, dass es sich schon aus Kostengründen um eine mittel- bis langfristige Maßnahme handele. Darüber hinaus sei die Gründung einer Arbeitsgruppe empfohlen worden, die diese vorgeschlagenen Maßnahmen in eine Prioritätenfolge setze und die Finanzierung dieser Projekte überprüfe.

Beschluss: Der Verkehrsentwicklungsplan wird wie vorgestellt als Handlungsrichtlinie beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 11 Vorlage 14/1049-00
Nahverkehrsplan 2004

Beschluss: Der Nahverkehrsplan 2004 wird wie vorgestellt als Handlungsrichtlinie beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 12 Vorlage 14/1054-00
Benennung von Straßen im Bebauungsgebiet D 142 (Stadtteil Larrelt)

Beschluss: Die im Bebauungsgebiet D 142 neu entstehenden Straßen werden wie folgt benannt:

Planstraße A	Bachstelzenweg
Planstraße B	Wiesenpieperweg
Planstraße C	Regenpfeiferweg

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 13 Vorlage 14/1055-00
Benennung einer Straße im Bebauungsgebiet D 63A, II. Abschnitt, 1. Änderung (Stadtteil Conrebbesweg)

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Beschluss: Die im Bebauungsgebiet D 63A, II. Abschnitt, 1. Änderung, neu entstehende Straße wird

Manslagter Weg

benannt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 14 Vorlage 14/1057-00
Benennung von Straßen im Bebauungsgebiet D 140 (Stadtteil Uphusen)

Beschluss: Die im Bebauungsgebiet D140 neu entstehenden Straßen werden wie folgt benannt:

Planstraße A
Planstraße B

Rotfederstraße
Brassenring

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 15 Vorlage 14/1149-00
Resolution zur Verordnung (EG) 1774/2002

Herr Bongartz bittet im Interesse der Zuhörerinnen und Zuhörer um einen kurzen Vortrag der Verwaltung.

Herr Lutz erläutert, dass die Beseitigung von Tieren und Schlachtnebenprodukten so zu erfolgen habe, dass durch die angewandten Methoden und Verfahren weder die Gesundheit von Mensch und Tier noch die Umwelt geschädigt werden dürften. In der kommunalen Verbrennungsanlage, die zweckverwandt mit anderen Kommunen betrieben werde, würden die Tierkörper und Tierkörperreste bei einer Temperatur von 133° als Mindesttemperatur und für mindestens 20 Minuten vorbehandelt. Danach seien die Dinge unschädlich. Nach der EU-Verordnung sollten nun auch andere Behandlungsmethoden möglich sein. So könne der Inhalt von Därmen direkt auf Kompostieranlagen gebracht werden. Die Verbrauchersicherheit sei hiermit gefährdet. Zum anderen habe der Kommunale Zweckverband deutlich weniger Einnahmen.

Herr Renken erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstütze die Resolution. Zu den finanziellen Auswirkungen für die Kommunen erinnert er daran, dass das Land ebenfalls angekündigt habe, seine bisher bereitgestellten Mittel für die Tierkörperentsorgung zu streichen, so dass dann auch von dort erhebliche Mehrkosten auf die Stadt Emden zukämen. Er möchte wissen, in welchem Umfang sich dies für die Stadt Emden auswirken werde. Es sei dann zu überlegen, ob gleichzeitig eine Resolution gegen die Pläne der Landesregierung verabschiedet werden sollte.

Herr Lutz stellt fest, dass diese Frage aufgrund der fehlenden Verlustfeststellung des Zweckverbandes noch nicht beantwortet werden könne. Außerdem sei festzustellen, wie viele Schlachttiere oder Schlachttierteile zur Anlage gebracht würden, denn danach berechne sich die Zusammensetzung der kommunalen Anteile.

Herrn Haase ist von anderen Kommunen bekannt, dass es sich teilweise um 6-stellige Beträge handele. Die SPD-Fraktion werde der Resolution zustimmen, weil sie es für einen

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

höchst wichtigen Akt der Gesundheitsvorsorge und auch ein Stück Umweltpolitik halte. Zum Teil würden Schlachtabfälle bzw. Leichenteile noch hochinfektiös auf den Feldern liegen. Es sei daher höchste Gefahr angesagt.

Herr Odinga entgegnet, auf der letzten Sitzung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung sei erklärt worden, dass die Stadt Emden mit ca. 25 % Mehrkosten rechnen müsse. Dies wären ca. 25.000,-- €

Herr Lutz erklärt, er habe das Protokoll der Sitzung leider noch nicht vorliegen. Er bedankt sich für die Mitteilung.

Beschluss: Die vom Verbandsausschuss des Oldenburgisch-Ostfriesischen Zweckverbandes für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen in der Sitzung am 22. April 2004 einstimmig ausgebrachte und dieser Vorlage als Anlage beigefügte Resolution wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 16 Vorlage 14/1150-00
Wiederwahl des Schiedsmann-Stellvertreters für das Schiedsamt Emden 2 (Petkum)

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden wählt Herrn Gerhard Fischer zum Schiedsmann-Stellvertreter für das Schiedsamt Emden 2 (Petkum) für weitere 5 Jahre.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 17 Vorlage 14/1151-00
Neuwahl einer Schiedsfrau für das Schiedsamt 2 (Petkum)

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden wählt Frau Inge Spannhoff für 5 Jahre zur Schiedsfrau für das Schiedsamt Emden 2 (Petkum)

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 18 Vorlage 14/1136-00
Erlass einer Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich der Emdener Matjestage 2004

Herr Haase erkundigt sich, ob zwischenzeitlich die noch nicht eingeflossenen Stellungnahmen von Kirche und Gewerkschaften vorlägen.

Herr Röttgers antwortet, dass seit vielen Jahren immer wieder die gleichen Stellungnahmen der Gewerkschaften eingereicht würden und deshalb keine mehr angefordert würden.

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage 14-1136 beigefügte Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich der Emdener Matjestage 2004 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Punkt : 19 Vorlage 14/1152-00
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Zukunft Emden GmbH für das Geschäftsjahr 2003

(Herr Brinkmann, Herr Lutz, Frau L. Meyer, Herr Odinga, Herr Melles und Herr Renken nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2003 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2003 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 20 Vorlage 14/1128-00
Feststellung des Lageberichtes 2003 und Beschluss über die Behandlung des prognostizierten Jahresverlustes 2003

Herr Bongartz bittet um eine kurze Erläuterung seitens der Verwaltung für die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Herr Lutz berichtet, dass das Hans-Susemihl-Krankenhaus im letzten Geschäftsjahr einen Verlust von 2.512.435 € eingefahren habe, der zustande gekommen sei, weil die Krankenhäuser ihre Kosten selbst zu tragen hätten. Die Krankenkassen würden keine kostendeckenden Entgelte mehr an die Krankenhäuser zahlen.

Das Hans-Susemihl-Krankenhaus habe nach langen Überlegungen einen 19-Punkte-Katalog vorgelegt. Es handele sich hier um einen Maßnahmenkatalog, der über einen längeren Zeitraum hinweg eine Kostenreduzierung erzielen solle. Die Verwaltung befinde sich noch in Gesprächen mit dem Personalrat und gehe von einer Zustimmung für die Gründung einer gemeinnützigen GmbH aus. Innerhalb des Geschäftszweiges des Hans-Susemihl-Krankenhauses würde dann eher die Möglichkeit bestehen, zusätzliche Gewinne zu erhalten, denn mit den Finanzen, die die Krankenkassen den Krankenhäusern zur Verfügung stellten, ließen sich die Kosten auf Dauer nicht mehr begleichen.

Herr Bongartz stellt fest, dass mit dem heutigen Beschluss in dieser Sache ein Nachtragshaushalt aufgestellt werde.

Herr Lutz betont, die Verwaltung werde versuchen, das Defizit des Krankenhauses irgendwo aufzufangen. Deshalb habe er den Nachtragshaushalt mit angekündigt, so dass jeder sich darauf einstellen könne. Er erinnere noch an die letzte Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation, in der nach den Zahlen des 1. Quartals befürchtet werden musste, dass ein Defizit von 2,5 Mio. € und mehr erreicht würde. Setze man dies dem Defizit des Krankenhauses in Höhe von ebenfalls 2,5 Mio. € gegenüber, käme man zu dem Ergebnis, dass die Verwaltung ihre Aufgaben dieses Jahres noch finanzieren könne. Bezüglich des Krankenhauses müsse hier jedoch gehandelt werden.

Herr Bongartz bittet die Verwaltung, die Ratsmitglieder rechtzeitig über die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes zu informieren.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stellt gemäß § 30 der Eigenbetriebsverordnung den Lagebericht 2003 fest und beschließt über die Behandlung des Jahresverlustes 2003. Die Feststellung des Jahresabschlusses erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Der prognostizierte Verlust aus dem Geschäftsjahr 2003 wird über einen Nachtrag im Verwaltungshaushalt der Stadt Emden ausgeglichen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 21 Vorlage 14/1129-00
Kooperations- und Personalgestellungsvertrag mit dem Kreiskrankenhaus Leer zur Zukunftssicherung der Kinderklinik im Hans-Susemihl-Krankenhaus;
- Ergänzung zum Tagesordnungspunkt der nichtöffentlichen Sitzung

Herr Brinkmann erläutert, dass diese Beschlussvorlage seit über einem Jahr beraten werde. Bekanntlich habe es Initiativen gegeben, als in einer vertraulichen Runde über die Zukunft des Emdener Krankenhauses diskutiert und diese Informationen anschließend der Presse bekannt gegeben worden seien. In diesem Gespräch sei es darum gegangen, wie nach dem Ausscheiden der beiden Chefärzte Dr. Drüner und Dr. Janßen mit der Frauen- bzw. Kinderklinik umzugehen sei.

Es sei sehr schnell klar gewesen, dass der Rat nicht bereit sei, die Pädiatrie und die Frauenklinik zu opfern. Die Verwaltung habe gemeinsam mit Herrn Dr. Janßen und dem Leiter des Krankenhauses, Herrn Pomberg, Gespräche geführt und sei am Ende mit dem Kreiskrankenhaus Leer zu einem mehr als zufriedenstellenden Ergebnis gekommen. Damit werde auch eine sich im radiologischen Bereich bewährte Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Leer und der Stadt Emden fortgesetzt. Die Lage des Hans-Susemihl-Krankenhauses sei nicht erfreulich, aber Herr Lutz habe gemeinsam mit der Arbeitsgruppe aus dem Krankenhaus bereits sehr gute Fortschritte gemacht. Die Gründung einer GmbH im Sommer 2004 werde ein erster Schritt sein, auf den dann aufgebaut werden müsse.

Er weise die an ihn gerichtete Kritik zurück, weil er nichts anderes getan habe als

- a) der Nds. Gemeindeordnung zu folgen und
- b) einen Auftrag des Rates umzusetzen,

um damit jene, die sich für die Kinderklinik engagiert hätten, zufrieden zu stellen. Vor diesem Hintergrund glaube er, dass die Verwaltung einen hoffnungsvollen Weg beschreite und er wünsche sich, dass die Arbeit erfolgreich zu einem Abschluss geführt werden könne.

Herr Bongartz möchte sich im Namen aller Mitglieder des Werksausschusses Hans-Susemihl-Krankenhaus dafür bedanken, dass die Verwaltung es geschafft habe, eine solche Vereinbarung mit dem Kreiskrankenhaus in Leer zu erzielen. Es handle sich um eine gute Sache, wenn die Kinderklinik in Emden weiter betrieben werden könne. In Zukunft werde die Verwaltung es nicht vermeiden können, mit Krankenhäusern weitere Kooperationen zu vereinbaren. Das Kreiskrankenhaus in Leer biete sich aufgrund der guten Kooperation im Bereich der Radiologie an. Er möchte aber die Kritik, die in den Fraktionen geäußert worden sei, aufrecht erhalten. Es sei eine Pressesperre vereinbart worden, die nicht eingehalten worden sei. Er beanstande dieses Verfahren, obwohl die Ratsmitglieder über den Inhalt dieser Pressemitteilungen erfreut gewesen seien.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Herr Haase erklärt Herrn Bongartz, dass dies angesichts des nun getätigten Abschlusses nicht mehr im Vordergrund stehen sollte. Wichtig sei, dass das Krankenhaus und die damit verbundenen Arbeitsplätze auf Dauer hier am Standort Emden erhalten werden könnten und eine qualitativ gute medizinische Versorgung sichergestellt werde. Er hoffe, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Rat die Kraft habe, auch die anderen benachbarten Landkreise zu überzeugen, hier einen vernünftigen Weg einzuschlagen. Ein Blick in den Lagebericht zeige, dass es noch sehr viele Stationen gebe, bei denen Handlungsbedarf bestehe.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt den Abschluss eines Kooperations- und Personalgestellungsvertrages mit dem Landkreis Leer als Träger des Kreiskrankenhauses Leer, um die stationäre pädiatrische Versorgung im Hans-Susemihl-Krankenhaus nach dem altersbedingten Ausscheiden des Chefarztes der Kinderklinik zum 30.11.2004 zu sichern.

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 22 Vorlage 14/1177-00
Resolution zur Nichteinführung der Ausbildungsplatzabgabe;
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen

Herr Dr. Kleinschmidt korrigiert, dass es sich um einen Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion handele.

Herr Hegewald erläutert, dass die Stadt Emden bei derzeit 800 Beschäftigten mit 32 Auszubildenden bedarfsgerecht ausbilde. Angesichts des geplanten Personalabbaus sei es schwierig, über den Bedarf hinaus ausgebildete junge Menschen anschließend unterzubringen. Die in der letzten Woche im Bundestag beschlossene Ausbildungsabgabe werde dazu führen, dass die Stadt Emden eine finanzielle Belastung in mindestens 6-stelliger Höhe erfahren werde. Die CDU- und FDP-Fraktion seien der Meinung, dass die Ausbildungsplatzabgabe so nicht in Kraft treten dürfe.

Herr Ammersken erklärt, dass die Ausbildungsplatzabgabe den Jugendlichen den Zugang zu den Lehrstellen sichern solle; die Qualifikation und die Motivation der Bewerber könne sie jedoch nicht ändern. Diese seien nach Meinung fast aller Betriebe zunehmend verheerend. Viele Bewerber erfüllten die Anforderungen nicht, die die Betriebe als Schulleistung und Sozialkompetenz stellten. Es gelte daher, an den „Wurzeln der Ausbildungsmisere“ anzupacken (Elternhaus und Schulen). Ein Ausbildungssicherungsgesetz „doktere also wieder nur an den Symptomen herum“. Gesichert werde hiermit keine Ausbildung für junge Leute; vielmehr werde bei geschätzten Kosten von 160 Mio. € pro Jahr mangelstaatlich verwaltet. Zudem würden ausbildungswillige Betriebe verärgert, was zum Absinken der Bereitschaft der Betriebe zur Ausbildung führe. Darüber hinaus würden Betriebe und Kommunen, die keine geeigneten Bewerber finden würden, zusätzlich bestraft. Dies führe insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen zu erheblichen Belastungen und könne ggf. deren Existenz gefährden.

Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Bundesregierung sich absolut beratungsresistent zeige und massive Bedenken der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern, der Kommunen sowie des Bundesinstituts für Berufsausbildung ignoriere. Seine Fraktion hoffe inständig, dass der zwischenzeitlich vereinbarte Ausbildungspakt Erfolg habe und damit die Anwendung des Müntefering-Förderungsgesetzes unnötig gemacht werde. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein werde seit Jahren erfolgreiche Ausbildungskonsenspolitik betrieben, erklärt er.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Herr Haase entgegnet, dass mit diesem Gesetz die Zukunftsfähigkeit Deutschlands gesichert werde. Ohne nachhaltige Anstrengung im Bereich des Ausbildungssektors werde die Stadt Emden schon in den Jahren 2010 – 2015 unter einem erheblichen Mangel qualifizierter 35 – 45 –jähriger Arbeitskräfte leiden. Es gehe darum, den Industriestandort Deutschland auf Dauer zu sichern. Er hoffe, dass dieser Antrag heute in der Stadt Emden keine Mehrheit bekomme. In den letzten Jahren habe man festgestellt, dass ohne Ausbildungsplatzabgabe die Zahl der Ausbildungsplätze gesunken sei. Immer mehr junge Menschen würden verzweifelt nach einer Ausbildungsstelle suchen. Und wer erst einmal nach der Schulbildung in die Arbeitslosigkeit bzw. in die Sozialhilfe entlassen werde, der werde auch für seine weitere Zukunft wenig Perspektiven habe.

Seiner Meinung nach sei der Handlungsbedarf ziemlich klar und dies gelte trotz der guten Ausbildungsquote leider auch für unsere Region. Die Baubranche habe z. B. dieses System erfolgreich in den letzten Jahren umgesetzt und damit vielen jungen Menschen Ausbildungsplätze geschaffen. Wenn die Verwaltung sich auf den Kern kommunaler Politik zurück besinne, dann müsse man sich fragen, inwieweit das Gesetz tatsächlich die Stadt Emden betreffe und ob die Verwaltung nicht in der Lage sei, entsprechend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Seines Erachtens gebe es gute Gründe, die Resolution, die kontraproduktiv im Sinne der jungen Menschen sei, hier abzulehnen. An die Wirtschaft und deren Vertreter möchte er noch einmal den Appell richten:

„Wenden Sie die Anwendung dieses Gesetzes ab, indem Sie genügend zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen!“

Herr Renken stellt fest, dass der Rat eigentlich gar nicht zuständig sei, denn er könne nicht über jede bundes- oder landespolitische Maßnahme Resolutionen verabschieden. Die Stadt Emden habe im Gegensatz zum Städte- und Gemeindebund gesagt, dass eine Umlage zu Lasten der Kommunen abgelehnt werde. Dies sei eine Politisierung, die seine Fraktion auf keinen Fall betreiben werde. Tatsächlich sei es so, dass die Wirtschaft in den letzten Jahren nicht in der Lage gewesen sei, ein ausreichendes Ausbildungsangebot bereitzustellen. In erster Linie seien die Jugendlichen enttäuscht worden. Er habe immer gesagt, dass es sich bei staatlichen Maßnahmen in diesem Bereich um eine suboptimale Lösung handele, die zu ergreifen sei, wenn das optimale System nicht mehr funktioniere. Lt. Bericht habe es im IHK-Bezirk im Jahr 1986 6.600 eingetragene Berufsausbildungsverhältnisse gegeben, im Jahre 2003 seien es lediglich 4.600 gewesen. Es gäbe also eine Lücke von 2.000 Arbeitsplätzen im Verhältnis vor 15 – 16 Jahren.

Zur Ausbildungsplatzumlage merkt er an, dass 80 % aller Betriebe im Bereich des Arbeitsamtes Emden weniger als 10 Beschäftigte hätten. Daran könne man ermessen, dass die kleinen Betriebe in keiner Weise belastet würden. Sie könnten höchstens über das Umlageverfahren davon profitieren. Sämtliche kommunalen Arbeitsbereiche, die der sozialen Integration der Schul- und Ausbildung dienen, würden komplett aus der Umlage herausgenommen. Die Umlage stelle nur noch auf die kommunalen Behörden ab, in denen tatsächlich eine Ausbildung im dualen System erfolge. Er appelliere an die beiden Fraktionen, diesen Antrag zurückzuziehen, sich den Stand des Gesetzgebungsverfahrens erklären zu lassen und zu überprüfen, was für die Kommunen tatsächlich dabei herauskomme. Seine Fraktion werde heute gegen diesen Antrag stimmen.

Herr Bongartz entgegnet, er sei verwundert über die Kritik von Herrn Renken. Seine Fraktion sei immer noch der Auffassung, dass die Kommunen auch bei der neuen Gesetzeslage sehr heftig von der Ausbildungsplatzabgabe betroffen seien.

Herr Hegewald erinnert an die Ausschusssitzung für Finanzen und innere Organisation, in der erwähnt worden sei, dass mit einem Defizit in Höhe von 9,5 Mio. € zu rechnen sei. Er habe kein Verständnis dafür, dass die Stadt Emden dann noch 200.000 € in einen Topf zah-

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

len solle, der auf andere Kommunen umverteilt werde, die dieses Geld vielleicht gar nicht so nötig bräuchten.

Herr Dr. Beisser möchte dieses Problem wieder auf den kommunalen Bereich zurückführen. Seines Erachtens bilde die Stadt Emden zu wenig neue Leute aus. Er habe den vorherigen Kämmerer einmal gefragt, warum die Stadt Emden nicht so wie die Stadt Leer über Bedarf ausbilde. Dieser habe damals erklärt, dass die Stadt Emden eine Übernahmeverpflichtung eingegangen sei und sich finanziell nicht noch mehr Auszubildende leisten könne. Diese Gründe würden auch bei den Betrieben zutreffen.

Herr H. W. Janßen erinnert daran, dass diese Abgabe auch zukunftsorientiert sei.

Herr Haase meint, es gebe eine klare Position der Bundesregierung in dieser Frage und die gehe eindeutig in Richtung der Umlagenregelung. Wirtschaft und Kommunen seien durchaus in der Lage, bis zum 01.09.2004 eine Anwendung des Gesetzes zu verhindern. Seiner Meinung nach wäre die Stadt Emden gut beraten, wenn der Resolutionsentwurf heute von der CDU- und FDP-Fraktion zurückgezogen und noch einmal überarbeitet werde.

Herr Brinkmann erklärt, dass dieses Thema die Stadt Emden in den letzten 5 Jahren immer wieder beschäftigt habe. Zunehmend habe die Verwaltung feststellen müssen, dass die Schulabgänger nur bedingt zufrieden gestellt werden konnten. Er habe immer versucht, solche Resolutionen zu unterstützen. Seines Erachtens mache es jedoch keinen Sinn, in einer Kampfabstimmung über ein so wichtiges Thema zu entscheiden. Er rate daher dringend dazu, Bündnisse einzugehen, um den Mangel zu beheben. Er werde sich der Stimme enthalten.

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14-1177-00 als Anlage 1 beigefügte Resolution zur Nichteinführung der Ausbildungsplatzabgabe.

Ergebnis: bei Stimmengleichheit gem. § 47 (1) NGO abgelehnt

Dafür: 021
Dagegen: 021
Enthalt.: 001

Punkt : 23 Vorlage 14/1146-00
Resolution zur Verhinderung der Bootsvignette;
Antrag der FDP-Fraktion vom 20.04.2004

Herr E. Bolinius erläutert, dass der Rat sich immer dafür eingesetzt habe, den Wassertourismus in Emden zu fördern. Als Beispiele nennt er die Erneuerung der Schleuse Kukelorum bzw. die Instandsetzung der Borssumer Schleuse. Wunsch sei es, zur Wirtschaftsförderung möglichst viele Bootstouristen nach Emden bzw. Ostfriesland zu locken. Jetzt plane die Bundesregierung, für Boote über 5 PS eine Bootsvignette für 60 – 90 € jährlich einzuführen. Dies halte die FDP-Fraktion für kontraproduktiv. Er bitte um Verabschiedung dieser Resolution möglichst mit Zustimmung aller Fraktionen im Rat.

Herr Haase erklärt, dass er gerade in den letzten Jahren eine gute Entwicklungschance für den Bootstourismus erkennen konnte. Er erinnere daran, dass der Landkreis Aurich z. Zt. ein Sportbootprogramm entwickle. Allein die Chancengleichheit mit anderen Regionen, z. B. den Niederländern, sollte verhindern, dass hier durch zusätzliche Gebühren ein zartes „Pflänzchen“ an der Entwicklung gehindert werde. Er habe auch die Befürchtung, dass das Geld nicht dorthin gehe, wo es gebraucht werde. Seiner Meinung nach sei der Rat sich einig, dass hier noch viel mehr Geld benötigt werde, um die Kanäle instand zu setzen, damit sie

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

zukünftig noch attraktiver würden. Hier müsse ein starkes gemeinsames Interesse auch deutlich gemacht werden.

Herr Hegewald ist der Auffassung, dass hier Bürokraten am Werk gewesen seien, die etwas geplant hätten, ohne den Sach- und Fachverstand der vielen Leute, die hier mit Bootstourismus zu tun hätten, abzufragen. Über die Zustimmung der SPD-Fraktion zu diesem Antrag sei er erfreut.

Herr Renken sieht keinen Anlass, dieser Resolution zuzustimmen. Er zitiert den Leiter der Hamburger Yachtschule Meridian:

„Ich finde diese geplante Maut sogar gerecht. Der Bund stellt eine komplette Infrastruktur, z. B. die Schleusen, kostenlos zur Verfügung. Da halte ich es für sinnvoll, wenn ein Entgelt bezahlt wird, sofern es der Bund zweckgebunden verwendet.“

Herr Renken pflichtet dieser Argumentation bei. Schließlich würden z. B. die Nutzer der Straßen mit ihrer Mineralölsteuer den Unterhalt und den Neubau der Straße bezahlen. In Frankreich sei übrigens eine Bootsvignette üblich. Die Franzosen hätten kein Problem mit der Attraktivität ihres Landes und dem Tourismus.

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14-1146 als Anlage 1 beigefügte Resolution zur Verhinderung der Bootsvignette.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 037

Dagegen: 004

Enthalt.: 002

Punkt : 24 Vorlage 14/1176-00
Resolution zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe;
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen

Herr Lutz erklärt, dass den Kommunen bundesweit Entlastungen in Höhe von 2,5 Mrd. € aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zugesagt worden seien. Im Vermittlungsausschuss sei jedoch Ende letzten Jahres nicht genau kalkuliert worden. Auch sei dem Vertreter des Deutschen Städtetages nicht die Gelegenheit gegeben worden, auf die Berechnung einzugehen. Für die Stadt Emden bedeute dies, dass mit bis zu 10 Mio. € weniger Einnahmen pro Jahr zu rechnen sei. Er prognostiziere, dass es schon im nächsten Haushalt „einen Streit um jeden Cent“ geben werde. Diese Situation sei für die Kommunen nicht mehr tragbar. Er bitte daher um einen gemeinsamen Appell an die Landes- und die Bundesregierung, die Entlastung wirklich 1 : 1 an die Kommunen weiter zu geben.

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14-1176-00 als Anlage 1 beigefügte Resolution.

Ergebnis: einstimmig

Anschließend wird um eine kurze Pause gebeten. Dem wird so entsprochen.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Punkt : 25 Vorlage 14/1174-00
Schulstruktur verbessern!
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.04.2004

Beschluss: Der Rat ersetzt den am 22.01.2004 gefassten Beschluss zur Schulreform durch den von der Verwaltung ausgearbeiteten „Konsensvorschlag“ mit der Vorlagen-Nr. 14/838-07.

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen

Punkt : 25 a Vorlage 14/1174-01
Schulstruktur verbessern
Antrag der FDP - Fraktion v. 13.05.2004

Beschluss: Der am 22.01.04 gefasste Ratsbeschluss wird wie folgt geändert:

Dem Johannes-Althusius-Gymnasium werden zur Deckung des fehlenden Raumbedarfs Räume in der Dollarschule zur Verfügung gestellt.

Der Realschule werden fehlende Räume in der Wallschule zur Verfügung gestellt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 004
Dagegen: 037
Enthalt.: 001

Punkt : 25 b Vorlage 14/1174-02
Schulstruktur verbessern
Antrag der SPD - Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.05.2004

Die Punkte 25, 25 a und 25 b (Vorlagen 14/1174-00, 14/1174-01 und 14/1174-02) werden gemeinsam beraten.

Herr Stolz erklärt, es sei auch ein Grundsatz der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, demokratisch gefasste Entscheidungen zu respektieren. Allerdings handele es sich jetzt durch die Bewilligung des Bürgerbegehrens um eine neue Situation. Mit dem Bürgerentscheid werde dem Rat die Möglichkeit gegeben, im Sinne des Bürgerbegehrens neu zu entscheiden und dieses damit abzuwenden. Er bemängelt, dass der Ratsbeschluss am 22.01.2004 gefasst worden sei, ohne jemals vorher in den Gremien diskutiert worden zu sein. Von daher seien nie die Argumente „auf den Tisch“ gekommen, die für oder gegen diesen Antrag gesprochen hätten. Wer die letzten Monaten verfolgt hätte, wüsste, auf welch' „wackeligen Füßen“ dieser Antrag stehe:

Die Situation der Gymnasien sei immer noch nicht geklärt. Es gebe nach wie vor Vorbehalte der Genehmigungsbehörde gegen den gefassten Beschluss.

Der Beschluss zur Realschule am Herrentor stelle eine enorme Ungleichheit der Emdener Realschulen dar. Es werde eine sehr große und eine sehr kleine Realschule geben. Die Haupt- und Realschule Osterburg lasse er außen vor. Die Genehmigung der Bezirksregierung be-

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

züglich der Realschule in Wybelsum sei sehr erhellend, denn die Schule sei wegen ihrer extremen ländlichen Lage genehmigt worden. Es sei völlig ignoriert worden, dass die Schüler aus der Stadt zur Schule Wybelsum gefahren werden müssten.

Auf die Hauptschulen bezogen merkt er an, dass er es im hohen Maße bedenklich finde, dass der Ratsbeschluss den Hinweis enthalte, dass den Eltern aus Wolthusen und Uphusen zuzumuten sei, ihre Kinder nach Barenburg zu schicken. Dies sei angesichts der städtischen Anstrengungen, den Stadtteil Barenburg aufzuwerten und der hohen Beträge, die in das Programm „Soziale Stadt“ hineinfließen würden, unverantwortlich. Er frage sich, ob noch guten Gewissens an dem Prozess „Soziale Stadt“ teilgenommen werden könne, wenn solche Formulierungen gebraucht würden.

Die Dollartsschule sei völlig überrascht worden von einer Ratsvorlage, die in letzter Minute „aus der Tasche“ geholt worden sei. Die Vertreter, die nicht im Schulausschuss saßen und sich somit nicht mit dem Thema befasst hätten, müssten entscheiden, ob sie solidarisch mit ihren schulpolitischen Sprechern seien, die offensichtlich einen schlecht begründeten Beschluss „durchgepeitscht“ hätten oder ob sie in Solidarität mit den Emden Kindern und Jugendlichen ständen.

Herr E. Bolinius bemängelt die Ausführungen von Herrn Stolz. Die Behauptung, dass einige Ratsmitglieder sich nicht mit dem Schulthema beschäftigt hätten, sei eine Unverschämtheit. Jedes Ratsmitglied hätte sich seit Monaten mit diesem Thema beschäftigt. Er bitte darum, diese Unterstellungen zukünftig zu unterlassen. Er weist darauf hin, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorlage 14-1174-00, eigentlich gar nicht auf die Tagesordnung gedurft hätte, weil dieser Antrag schon am 22.01.2004 mehrheitlich abgelehnt worden sei (22 : 21 Stimmen) . Es könnte nicht über demokratisch getroffene Entscheidungen noch einmal abgestimmt werden.

Er erläutere, dass den Fraktionsvorsitzenden am vorherigen Tage folgendes mitgeteilt worden sei:

Die beiden Gymnasien könnten ihre Raumprobleme selbst lösen. Es würden evtl. nur zwei Räume fehlen. Die Grundschule Nesserland könnte dann in die Dollartsschule einziehen. In der Dollartsschule bestände dann die Möglichkeit, noch eine Realschule einzurichten. In Wybelsum könne eine Realschulaußenstelle mit Schulleitung in der Dollartsschule eingerichtet werden. Eine Überprüfung habe ergeben, dass die Stellungnahmen der Gymnasien derzeit keine konkrete Aussage zu einem verringerten Raumbedarf bei intensiver Zusammenarbeit zulasse. Er sehe aufgrund dessen keine Möglichkeit eines Konsenses.

Inzwischen seien die Ratsmitglieder auch darüber belehrt worden, dass ein Bürgerbegehren gar nicht zurückgenommen werden könne. Hierfür sei das Einverständnis aller auf den Listen unterschriebenen Bürger der Stadt Emden erforderlich. Bei einer Klage müsse das Bürgerbegehren durchgeführt werden. Hierzu habe es keine Reaktion seitens der Verwaltung gegeben.

Er habe im Namen seiner Fraktion und auf Wunsch der Elternvertreter im Schulausschuss und des Kämmerers folgenden Antrag gestellt:

„Sofern im Rat keine große Kompromisslösung in Betracht kommt, darf ich anraten, zumindest die Probleme am jetzigen Ratsbeschluss zu lösen und zu überdenken. Die Außenstellensituation des JAG und der Realschule ist neu zu regeln.“

Er erkläre, dass die Bezirksregierung im Schulausschuss am 12.05.04 eindeutig gesagt habe, dass sie mit den Außenstellen des JAG sehr unglücklich sei. Dies sei sehr einfach zu ändern, indem die Realschule Herrentor in die Wallsschule und das JAG in die Dollartsschule ziehe. Seiner Fraktion sei durchaus klar, dass die Dollartsschule dann keine Realschule be-

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

komme. Dies sei jedoch am 22.01.04 nicht bekannt gewesen. Seines Erachten sollte man auch den Mut haben, begangene Fehler zu korrigieren. Er bitte um Zustimmung zu seinem Antrag.

Herr Bornemann erklärt zu den Ausführungen von Herrn E. Bolinius bezüglich der fehlerhaften Außenstellensituation des JAG, dass es auch um das Bürgerbegehren gehe, welches mit 5.999 Unterschriften zulässig sei. Im „Lichte“ dieses Bürgerbegehrens und auch in der Kenntnis, dass dem Stadtteil für die Auflösung der Dollartsschule ein Realschulangebot vor Ort versprochen worden sei, könne diese Zusage nicht aufrecht erhalten werden. Er erklärt, die SPD-Fraktion könne dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen, weil sie immer von kombinierten Schulmodellen überzeugt gewesen sei. Außerdem gebe dieser Antrag die Meinung der SPD-Fraktion vom 22.01.2004 wieder.

Herr H. W. Janßen ist enttäuscht über die böswillige Unterstellung von Herrn Stolz, dass die Fraktionsmitglieder sich nicht genügend mit dem Thema auseinandergesetzt hätten. Er sei seit 1981 im Rat der Stadt Emden und habe es noch nicht erlebt, dass über ein anderes Thema umfangreicher diskutiert worden sei.

Herr Mecklenburg teilt mit, dass er dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen werde. Der Beschluss vom 22.01.2004, dem er zugestimmt habe, beinhaltete ein Realschulangebot für Kinder des Stadtteiles Port Arthur/Transvaal. Dies ginge anscheinend nicht, weil die Realschule in ihrer Gesamtkonferenz beschlossen habe, dass eine klassenweise Beschulung von Kindern aus dem Stadtteil Port Arthur/Transvaal mit einer Außenstelle der Realschule Herrentor an der Dollartsschule nicht organisierbar sei. Als Grund wurde u. a. angeführt, dass ab der 6. Klasse Wahlpflichtkurse stattfinden müssten und die Entfernung zwischen der Dollart- und der Realschule am Herrentor zu weit sei, um die Kinder in der Pause von einem Ort zum anderen zu bringen. Er sei vor allen Dingen gegen den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, weil dieser keine Lösung für die miserable Situation der Schülerinnen und Schüler an der Grundschule Nesserland biete. Es sei seinerzeit von ihm eingehend argumentiert worden, dass ein Umzug der Grundschüler aufgrund der unzumutbaren Verhältnisse umgehend erfolgen müsse.

Die Außenstellenlösung sei ebenfalls unvorteilhaft, da ein Realschul-Nebenstandort in der Schule Wybelsum einen noch weiteren Schulweg zwischen der Dollartsschule und der Schule Wybelsum beinhalten würde. Außerdem wäre der Weg durch die häufig geschlossenen Bahnschienen umständlich. Das Ergebnis wäre, dass auch dort jahrgangsweise ausgegliedert werden müsse. Die Schüler des Stadtteiles Port Arthur/Transvaal müssten dann nach Wybelsum transportiert werden und umgekehrt. Das Ergebnis wären noch höhere Schülerbeförderungskosten. Hinzu käme, dass die Schüler aus dem ländlichen Bereich (z. B. Logumer Vorwerk, Twixlum und Larrelt) die weiteste Schulentfernung von allen Kindern der Stadt Emden hätten. Es sei eindeutig festgestellt worden, dass ein höheres Bildungsangebot geringer wahrgenommen werde, wenn die Entfernung zu weit sei. Die Kinder aus dem ländlichen Bereich wären somit benachteiligt.

Herr Renken stellt einen Antrag auf Unterbrechung der Sitzung, um den Fraktionen noch einmal Gelegenheit zur Beratung zu geben. Den Antrag der FDP-Fraktion werde seine Fraktion nicht mittragen können. Hiermit werde die FDP-Fraktion ihre am 22.01.2004 genannten Versprechen brechen.

Herr Brinkmann gibt Herrn E. Bolinius Recht, dass die Verwaltungsvorlage am 22.01.2004 zur Abstimmung gekommen sei, weil ein Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage gestellt worden sei. Dieser Änderungsantrag habe seinerzeit sofort die nötige Mehrheit bekommen. Widersprechen müsse er ihm, weil ein Bürgerbegehren gerade dazu auffordere, dass der Rat sich noch einmal ausgiebig mit diesem Thema beschäftige. Die Verwaltungsvorlage habe seinerzeit aufgrund der besseren Bewältigung des organisatorischen Teils vorgesehen, die Wallsschule zu schließen.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Zu den Ausführungen von Herrn Mecklenburg erklärt er, dass es in der Diskussion auch durchaus ernst zu nehmende Stimmen gegeben habe, die ihm damals geraten hätten, die Schule in Wybelsum zu schließen. Dies hätte die Kinder im ländlichen Raum benachteiligt. Er erläutert die momentane Situation:

Es liege ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, der gleichzeitig mit einem Änderungsantrag behaftet sei. Die Verwaltung habe ordnungsgemäß die Situation abgefragt. Er verliest die unterschiedlichen in den letzten Monaten verfassten Stellungnahmen der beiden Gymnasien und bemängelt diese. Er betont, dass die Verwaltung seit Wochen nichts anderes mache, als die Stellungnahmen einzuholen, um den Ratsbeschluss vom 22.01.2004 1:1 umzusetzen. Sowohl der Vorgänger von Herrn Buß als auch Herr Buß selber seien ständig bemüht, sich mit der BZR auszutauschen. Dieser Beschluss sei ausschließlich Sache des Rates und man werde heute zu einem Ergebnis kommen. Er bitte den Rat eindringlich, die Pause zu nutzen, um aus dieser Situation wieder herauszukommen.

Herr Stolz möchte noch einige Gedanken mit in die Pause geben:

Er erklärt zu den Ausführungen von Herrn Mecklenburg, dass es tatsächlich keine gute Lösung sei, wenn ein Jahrgang der Dollartsschule zur Schule Wybelsum geschickt würde. Er habe daher im Vorfeld mit der Dollartsschule geklärt, dass genau dies nicht passieren dürfe. Die Dollartsschule wäre bereit, in enger Kooperation mit der Hauptschule Wybelsum für jeden Jahrgang eine Realschulklasse nach Wybelsum zu bringen. Ziel sollte es sein, wohnortnahe Angebote zu machen.

Zu den Bemerkungen von Herrn E. Bolinius und Herrn H. W. Janßen teilt er mit, dass er seine Äußerung, dass sich nicht alle Vertreter der Fraktionen in gleichem Maße mit dem Schulthema befasst hätten, mit gutem Willen abgegeben habe. Er traue ihnen zu, dass sie bei intensiver Befassung selbst auf einige Probleme gekommen wären:

So sei die Grundschule Nesserland in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt worden. Dabei müsste zur Kenntnis genommen werden, dass die Leiterin dieser Schule keine Befürworterin dieses Umzuges sei. Diese habe vor zwei Tagen noch mitgeteilt, dass sie an einen „Schildbürgerstreich“ glaube: die Toiletten seien fertiggestellt und jetzt solle umgezogen werden. Er bezweifle, dass Fraktionsvertreter sich jemals ein Bild von der Grundschule Nesserland gemacht hätten. Seines Wissens nach seien lediglich Telefonate geführt worden.

Zu den Ausführungen von Herrn E. Bolinius, dass Fehler eingeräumt werden müssten, erklärt Herr Stolz, dass Herr E. Bolinius noch vor wenigen Tagen behauptet hätte, dass Außenstellen „Wanderklassen“ wären. Herr E. Bolinius hätte sich dann belehren lassen und noch eingeräumt, dass er falsch beraten worden sei. Schon im Januar habe Herr E. Bolinius ein Schreiben erhalten, dass diese Außenstellenregelung nicht genehmigungsfähig sei.

Zur Wallsschule sei bekannt, dass für die CDU-Spitze gar nicht zur Debatte stand, wie man mit der Wallsschule verfahren würde. Die CDU habe eine Vorfestigung vorgenommen, die gar nicht mehr zugelassen habe, entsprechend zu entscheiden. Er verliest einen Brief von Herrn Hegewald, um zu beweisen, wie unsolide argumentiert worden sei und wie wenig sachgerecht die neue Gesetzeslage auf die Emden Schulstruktur übertragen worden sei. Er bitte die Ratsmitglieder, solidarisch mit den Emden Kindern und Jugendlichen umzugehen. Es sollte nicht die Gefahr in den Vordergrund gestellt werden, sein Gesicht zu verlieren. Sein Gesicht würde man vielmehr verlieren, wenn an einem Beschluss festgehalten werde, von dem auch in den Entscheidungsbehörden die Überzeugung bestehe, dass er nicht der beste sei.

Herr H. W. Janßen fühlt sich bezüglich einer nicht stattgefundenen Besichtigung der Grundschule Nesserland persönlich von Herrn Stolz angegriffen. Das CDU-Mitglied sei der Meinung, dass sich alle 43 Ratsmitglieder eine Meinung gebildet hätten, die für sie in Ordnung sei. Er könne sich von keinem Ratsmitglied vorstellen, dass es sich nicht mit der Materie be-

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

schäftigt habe. Ihm übrigen rate er Herrn Stolz, sich bezüglich der Bürgerbefragung mit der NGO zu beschäftigen. Nach der NGO ersetze nämlich der Bürgerentscheid den Rat.

Herr Hannappel versichert, dass er nicht nur die Toiletten, sondern die gesamte Grundschule Nesserland besichtigt habe. Er habe auch mit der Schulleiterin gesprochen, die einen Umzug in einem Zuge begrüßen würde. Im übrigen finde er es bedenklich, wenn jemand meine, im Besitz des alleinigen Wissens zu sein und der einzige Sprecher für die Emdener Schüler zu sein. Die anderen seien genauso überzeugt von den Vorschlägen wie Herr Stolz.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt über eine zehnmündige Unterbrechung der Sitzung abstimmen. Dies wird mehrheitlich so angenommen.

Herr Dr. Kleinschmidt teilt mit, dass jetzt folgende Anträge vorliegen:

a) Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 13.05.2004:

1. Die Hauptschule Wallschule wird in die Dollarschule verlegt.
2. Die bisherigen Räume in der Wallschule werden vorübergehend als Außenstelle des JAG und als Außenstelle der Realschule genutzt.
3. Die Grundschule Nesserland wird, sobald die Räumlichkeiten für einen Umzug frei werden, an die Dollarschule verlegt.
4. Die Schülerinnen und Schüler bzw. deren gesetzliche Vertreter aus den Stadtteilen Wolthusen, Uphusen und Marienwehr erhalten ab dem Schuljahr 2004/2005 ein Wahlrecht zwischen der Hauptschule Wallschule und der Hauptschule Barenburg.

b) Antrag der FDP-Fraktion v. 13.05.2004 (Vorlage 1174-01):

Der am 22.01.04 gefasste Ratsbeschluss wird wie folgt geändert:

Dem Johannes-Althusius-Gymnasium werden zur Deckung des fehlenden Raumbedarfs Räume in der Dollarschule zur Verfügung gestellt.

Der Realschule werden fehlende Räume in der Wallschule zur Verfügung gestellt.

c) Antrag der FDP-Fraktion v. 13.05.2004

Die Schülerinnen und Schüler aus Hinte sind schulbezirksmäßig dem GAT zuzuordnen.

d) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 29.04.2004 (Vorlage 14/1174-00)

Der Rat ersetzt den am 22.01.2004 gefassten Beschluss zur Schulreform durch den von der Verwaltung ausgearbeiteten „Konsensvorschlag“ mit der Vorlagen-Nr. 14/838-07.

Herr Renken erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren ursprünglichen Antrag – Vorlage 14/1174-00 – zugunsten des gemeinsamen Antrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückziehe.

Herr Dr. Kleinschmidt fasst zusammen, dass somit noch drei Anträge vorliegen.

Herr E. Bolinius erkundigt sich, ob andere Anträge zulässig seien, wenn der ursprüngliche Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen worden sei.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Herr Brinkmann empfindet dies als „Spitzfindigkeit“. Er entgegnet, dass es sich am 22.01.04 um die gleiche Situation gehandelt habe. Da habe sich der Rat anschließend auf einen Antrag geeinigt. Die Verwaltungsvorlage sei seinerzeit abgelehnt worden. Heute sei auch nach Erläuterung des Grundantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossen worden, diesen Antrag durch den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zu ersetzen. Dies sei in Ordnung.

Es folgt eine kurze Diskussion zwischen **Herrn Dr. Beisser** und **Herrn Brinkmann**.

Herr Bornemann erklärt, dass der jetzt auf dem Tisch liegende Vorschlag ein Versuch sei, hier einen Konsens zu finden. Seiner Meinung nach werde dieser Antrag aus folgenden Gründen eine große Wirkung haben:

Die Wallschule bleibe mit allen Vorzügen (Profil, pädagogisches Angebot, Anerkennung) erhalten. Damit seien die Wünsche und die von der CDU- und FDP-Fraktion gesehene Notwendigkeiten erfüllt. Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würden von ihrer eigentlichen Überzeugung – dem Wunsch nach kombinierten Modellen –, in der Hoffnung auf eine breite Mehrheit abrücken. Das Ziel des Bürgerbegehrens sei mit einer Hauptschule im Stadtteil Port Arthur/Transvaal erfüllt. Die Grundschule Nesserland könne spätestens nach Ablauf der Sekundarschule ebenfalls in die Dollartschule umziehen, denn

die Realschule habe 6 Jahrgänge à zwei Züge =	12 Klassenräume
die Grundschule Nesserland habe 4 Jahrgänge à zwei Züge =	8 Klassenräume
die Dollartschule habe zur Zeit	18 Klassenräume

Für die Dollartschule stehe die eindeutige Aussage, dass diese Zahl durch andere Raumnutzung auf 20 erhöht werden könne.

Die Forderung im Ratsbeschluss vom 22.01.2004 und im Bürgerbegehren, dass der Stadtteil Port Arthur Transvaal eine Grundschule habe solle, werde ebenfalls erfüllt. Die Wallschule ziehe in räumlich besser ausgestattete Räumlichkeiten. Er erinnere an die sanierten Fachräume. Es werde keine erheblichen Personalprobleme geben. Am Ende wechsele die Wallschule nur an einen Standort, an den nach der Befragung der Eltern im Februar d. J. ohnehin die meisten Kinder dieser Schule gehen sollten. Seine Fraktion bitte um Zustimmung.

Herr H.W. Janßen wünscht eine nähere Erläuterung zu Punkt 1 und Punkt 4 des Beschlussvorschlages.

Herr Bornemann antwortet, dass die Wallschule nicht aufgelöst werde. Die Schule ziehe lediglich um. Da es sich um dieselbe Schule handele, müsse unter Punkt 4 Hauptschule Wallschule stehen. Die Dollartschule bleibe als Hauptschule aufgelöst. Er ergänzt, dass Ängste und Vorbehalte in Wolthusen, Uphusen und Marienwehr entstanden seien, die Barenburgschule besuchen zu müssen. Er sei dort völlig anderer Überzeugung, aber es solle niemand gezwungen werden, in den Stadtteil Barenburg zu wechseln. Da der Schulweg aus diesen drei Stadtteilen zum Gebäude der Dollartschule sehr lang sei, sei das Wahlrecht zwischen den beiden Schulen mit aufgenommen worden. Er hoffe, dass damit alle Vorbehalte aus den Weg geräumt seien.

Frau Meyer möchte noch einmal eindringlich an das gestartete Bürgerbegehren erinnern. 5.999 Emdrer Bürgerinnen und Bürger hätten den Wunsch, die Dollartschule zu erhalten. Sie bitte darum, diese Unterschriften nicht außer acht zu lassen.

Herr Riese erklärt, dass der Rat sich seit Erlass des neuen Schulgesetzes damit beschäftige, die Schulstruktur in Emden neu zu ordnen. Wenn es ein grundsätzliches Problem in dieser Diskussion gebe, dann sei dies nur zum Teil das neue Schulgesetz und zum größeren Teil die Tatsache, dass sich die Stadt Emden mit ihren fast 52.000 Einwohnerinnen und Ein-

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

wohnern seit der letzten Gebietsreform noch nicht im wünschenswerten Maße als Stadt verstehe, sondern dass bei diesen Diskussionen nur über die Stadtteile A oder B, Wolthusen, Uphusen, Marienwehr o. ä. gesprochen werde. Der Stadtteil Port Arthur/Transvaal befinde sich mitten in der Stadt und trotzdem scheine es eine „Insel“ zu sein. Es gebe viele andere Gemeinden und Landkreise, die von den Änderungen des Schulgesetzes betroffen seien und die sich schon vor 30 Jahren eine Mittelpunktschule zugelegt hätten, wo im ländlichen Raum über weite Entfernungen mit dem Bus gefahren werde und wo man sich längst in Schulen mit bis zu 2000 Schülern zusammengefunden habe. Die Traditionen, die sich die Emden in ca. 30 Jahren eingerichtet hätten, seien ein großer Teil des heutigen Entscheidungsproblems. Seines Erachtens sei eine „Wegkämpfung“ des am 22.01.2004 mit knapper Mehrheit gefassten Beschlusses demokratisch „nur bedingt schön“. Er bemängele, dass nach zweimaliger Sitzungsunterbrechung über einen handgeschriebenen Antrag entschieden werden solle, der in den Fraktionen nicht vernünftig beraten werden konnte.

Herr Mecklenburg möchte davor warnen, die heutige Entscheidung nur aufgrund eines handgeschriebenen Antrages noch einmal zu vertagen. Die Stadt Emden sei die einzige Stadt in Niedersachsen, die noch keine Entscheidung getroffen habe. Man müsse sich jetzt zu einer Lösung durchringen, damit das nächste Schuljahr vorbereitet werden könne. Er erwähnt, er sei mehrfach darauf angesprochen worden, dass er dieser Sache aufgrund seines Verhaltens am 22.01.2004 wohl nicht zustimmen werde. Wenn er es dennoch tue, dann aus folgenden Gründen:

1. Am 22.01.2004 habe ein solcher Vorschlag gar nicht zur Diskussion gestanden. Dieser Vorschlag sei erst durch das Bürgerbegehren entstanden.
2. Dieser Vorschlag biete für die Grundschule Nesserland eine bessere Perspektive als der Beschluss vom 22.01.2004. Für die Grundschule Nesserland bestände die Möglichkeit eines besseren und schnelleren Umzuges in die Dollartsschule.

Der Rat müsse jetzt zwischen dem Argument der zentralen Lage der Wallschule und der Tatsache abwägen, dass diese Hauptschule aus ihrem Schulbezirk nur relativ wenig Schüler habe. Hingegen habe die Dollartsschule in ihrem Schulbezirk erheblich mehr Hauptschüler. Er müsse auch abwägen zwischen seinem damaligen Stimmverhalten, dieser neuen Situation und der 5.999 Unterschriften. Im Interesse des Schulfriedens und im Sinne der für die Schülerinnen und Schüler wirklich vertretbaren Lösung werde er dem Antrag zustimmen, damit der Rat endlich zu einer tragfähigen Mehrheit komme.

Herr Hegewald erkundigt sich zu Punkt 2 des SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Vorschlages, wie „vorübergehend“ zu interpretieren sei. Er möchte wissen, ob hiermit nach wie vor an einem Anbau festgehalten werde.

Herr Bornemann antwortet, dass der Text auf der derzeitigen Beschlussvorlage beruhe. Am 22.01.2004 habe sich der Rat übereinstimmend für einen JAG-Anbau ausgesprochen.

Herr Haase ergänzt, dass der Rat von der derzeitigen Raumsituation ausgehen müsse.

Herr Buisker findet es mehr als bedauerlich, dass das, was gestern noch als „zartes Pflänzchen“ bezeichnet worden sei, keine Chance mehr habe, realisiert zu werden. Er glaube nicht, dass der Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die breite Mehrheit bekommen werde. Immerhin würde hiermit dauerhaft auf ein Realschulangebot im Stadtteil Port Arthur/Transvaal verzichtet werden. Außerdem sei bekannt, dass die Grundschule Nesserland nur in einem Zug umziehen möchte. Dies könne frühestens im Jahr 2007 passieren. Er warne davor, den Umzug „auf die lange Bank“ zu schieben. Er sehe die Gefahr, dass der Stadtteil die Grundschule verlieren werde.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Herr Brinkmann erklärt, dass unter Punkt 1 des gemeinsamen Antrages der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitgeteilt werde, dass die Hauptschule Wallschule mit Namen und Inhalt in die Dollartschule verlegt werde. Nichts andere werde mit der Grundschule Nesserland geschehen.

Herr Buisker fährt fort, dass noch vor kurzer Zeit massiv von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen kritisiert worden sei, dass der Stadtteil Wybelsum ein eigenständiges Realschulan-gebot erhalten solle. Dieser Beschluss sehe genau das Gleiche vor. Jetzt werde dies in Kauf genommen. Der breite Konsens wäre für alle besser gewesen. Er möchte wissen, ob der Bürgerentscheid auch durchgeführt werden müsse, wenn die wesentlichen Voraussetzungen erfüllt seien.

Herr Lutz erläutert, dass der Text des Bürgerbegehrens laute, dass die Dollartschule als Hauptschule im Bestand erhalten bleiben solle. Bei der Erstellung eines Bürgerentscheides sei ein nicht allzu hohes Level anzugehen, da nicht davon ausgegangen werden könne, dass jeder Emdener Bürger eine Verwaltungsausbildung absolviert habe. Es komme lediglich darauf an, dass ein bestimmter Sinn zu erkennen sei. Er sei sich relativ sicher, dass ein Richter entscheiden würde, dass mit dem Vorschlag der beiden Fraktionen die wesentlichen Voraussetzungen des Bürgerbegehrens erfüllt seien.

Herr Bongartz betont, es sollte heute nicht mit irgendwelchen Tricks versucht werden, eine Abstimmung zu verhindern. Wenn man der Auffassung sei, dass diese nicht rechtmäßig sei, stehe jedem der Rechtsweg offen.

Herr E. Bolinius berichtet, dass er am 19.04.2004 erstmalig davon gehört habe, dass die Hauptschule Wallschule in die Dollartschule verlegt werden sollte. In der VA-Sitzung des gleichen Tages habe er sich diesbezüglich bei Herrn Lutz erkundigt. Von der Verwaltung sei erklärt worden, warum dies unmöglich sei. Er bitte um Beschaffung des Protokolls der VA-Sitzung v. 19.04.2004 und um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Lutz erläutert, es habe zu Beginn der Osterferien ein Treffen mit den Schulleitern bzw. stellvertretenden Schulleitern stattgefunden. Im Rahmen dieser Veranstaltung sei auf den am 22.01.2004 gefassten Ratsbeschluss verwiesen worden. Es sei auch über die Folgen eines zulässigen Bürgerbegehrens diskutiert worden. Dies sei für die Schulleiter, die ihre Stellungnahmen zu den Planungen abgeben sollten, ganz entscheidend gewesen. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Verlegung der Wallschule in die Dollartschule nichts anderes sei, als wenn der gesamte Lehrkörper und die Schülerinnen und Schüler zur Dollartschule umziehen würden. Er habe den Schulleitern aber gleichzeitig erklärt, dass dies nicht möglich sei, da es dem Ratsbeschluss entgegenstehe.

Herr Renken erklärt, auf der Grundlage des im Januar gefassten Ratsbeschlusses sei jetzt versucht worden, eine „Brücke“ zu bauen. Aufgrund der vielen Diskussionen sei man bereit, sich zu dieser Kompromisslinie zu bekennen,

- um den Schulfrieden in dieser Stadt wieder herzustellen,
- um eine breite Mehrheit im Rat zu schaffen und
- um den 5.999 Menschen in dieser Stadt entgegenzukommen.

Er sei fest davon überzeugt, dass der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Konsequenz der bessere sei. Er weist Herrn Buisker darauf hin, dass dieser die Möglichkeit gehabt habe, einen Änderungsantrag hier vorzulegen. Dieser sei nicht gekommen. Zu den Ausführungen von Herrn Riese erklärt er, dass dieser mit der Wallschule ein Symbol in der Stadt Emden errichten wolle. Dabei klammere er sich nur an eine „leere Hülle“. Letztendlich gehe es nur darum, sich an der Substanz zu orientieren, was die Schulen unter welchen Bedingungen leisten könnten. Auch müsse dem JAG eine Chance eingeräumt werden, in den nächsten drei Jahren wirklich ein differenziertes Angebot

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

vorzuhalten. Es könne nicht damit gelebt werden, dass keine ordnungsgemäße Schulleitung in dieser Stadt vorhanden sei. Auch dieses Problem werde mit dem gemeinsamen Vorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen besser gelöst. Es müsse Abschied genommen werden von einem Realschulangebot in Port Arthur/Transvaal. Er appelliere an den Rat, den handgeschriebenen Antrag nicht zum Kriterium zu machen.

Herr Bongartz bittet angesichts des Diskussionsstandes um eine Pause. Dem wird so entsprochen.

Herr Brinkmann erklärt vor Eintritt in die Pause noch, dass es wahrscheinlich von seiner Stimme abhängt, welches Modell zum Tragen komme. Er sei nicht willens, den am 22.01.2004 gefassten Beschluss durch seine Stimme zu kippen. Er werde sich daher der Stimme enthalten. Er weist darauf hin, dass der Rat fähig sein müsse, zu einem breiten Mehrheitsbeschluss zu kommen. Er appelliere deshalb an die Ratsmitglieder, in der 10-minütigen Pause eine Möglichkeit zu finden.

Nach der Pause berichtet **Herr Dr. Kleinschmidt**, dass die vier Fraktionen sich geeinigt hätten. Er teilt mit, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen so akzeptiert werden solle. Es gäbe lediglich zwei Ergänzungen:

5. Die Wahlfreiheit für die Schülerinnen und Schüler aus Hinte wird aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen noch überprüft.
6. Die Schuleinzugsgebiete werden ebenfalls aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen noch einmal überprüft.

Herr Riese nimmt an der Beschlussfassung nicht teil.

- Beschluss:
1. Die Hauptschule Wallschule wird in die Dollarschule verlegt.
 2. Die bisherigen Räume in der Wallschule werden vorübergehend als Außenstelle des JAG und als Außenstelle der Realschule genutzt.
 3. Die Grundschule Nesserland wird, sobald die Räumlichkeiten für einen Umzug frei werden, an die Dollarschule verlegt.
 4. Die Schülerinnen und Schüler bzw. deren gesetzliche Vertreter aus den Stadtteilen Wolthusen, Uphusen und Marienwehr erhalten ab dem Schuljahr 2004/2005 ein Wahlrecht zwischen der Hauptschule Wallschule und der Hauptschule Barenburg.
 5. Die Wahlfreiheit für die Schülerinnen und Schüler aus Hinte wird aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen noch überprüft.
 6. Die Schuleinzugsgebiete werden ebenfalls aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen noch einmal überprüft.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 037
Dagegen: 004
Enthalt.: 001

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Punkt : 26 Vorlage 14/1175-00
Das Konnexitätsprinzip für die Schulgesetznovelle umsetzen!
Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.04.2004

Herr Riese erklärt, dass die FDP-Fraktion sich seit etlichen Zeiten für das Konnexitätsprinzip ausspreche. Wenn durch gesetzliche Entscheidungen auf Landes- oder Bundesebene neue von den Kommunen zu erfüllende Aufgaben aufgegeben würden, müssten die Ausgaben, die mit diesen Aufgaben in Verbindung ständen, natürlich mitgeliefert werden. Um eine solche Situation handle es sich nicht, wenn über Aufgaben gesprochen werde, die seit etlichen Zeiten Aufgaben der öffentlichen Gemeinschaft seien. Er beantragt im Namen seiner Fraktion, über die im Beschlussvorschlag enthaltenen beiden Absätze einzeln abzustimmen. Den ersten Absatz des Beschlussvorschlages werde die FDP-Fraktion befürworten. Den zweiten Absatz des Beschlussvorschlages lehne seine Fraktion ab, weil die Schulträgeraufgabe seit alter Zeit die Aufgabe der Gemeinschaft gewesen sei. Außerdem müsse das Land auch bei den Raumausstattungen beteiligt werden, wenn dieses aufgrund der Veränderung des Schulgesetzes zur Finanzierung von Schulumbauten herangezogen werde.

Herr Haase meint, es sei „Verlogenheit in höchster Potenz“, diesen Antrag zu trennen. Dies sei die „pure Konnexität“, die dort einverlangt werden müsse. Hier gehe es darum, dass eine Gesetzgebung des Landes Kosten vor Ort verursache. Er plädiere dafür, diesen Antrag insgesamt zu verabschieden. Dies werde seine Fraktion auch tun.

Herr Renken erklärt, er hätte angenommen, dass dieser Antrag im Vorfeld der Ratssitzung gelesen werde und die Begründung somit klar sei. Er sei der Meinung, dass von diesem Antrag nichts zurückzunehmen sei, denn es handle sich hier um eine Forderung des Nds. Städtetages, die handfeste Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen habe:

1. Schulbauten würden erforderlich.
2. Es entstünden zusätzliche Schülerbeförderungskosten in Höhe von ca.145.000,- €

Seiner Meinung nach sei die Verwaltung nicht nur deshalb in der Pflicht, weil es auch im Schulgesetz eine solche „Kann-Bestimmung“ an der Beteiligung an kommunalen Schulinvestitionen gebe, sondern weil sie wirklich mit einem enormen Druck bei der Gesetzgebung dafür gesorgt habe, dass so eine kostenträchtige Situation entstanden sei. Seines Erachtens sollte aus kommunaler Sicht versucht werden, unnötige zusätzliche Belastungen, die von anderen zu verantworten seien, hier zu verhindern. Es spreche im Grunde genommen überhaupt nichts dagegen, diesem Antrag zuzustimmen.

Herr Riese weist darauf hin, dass bei den Beratungen über die Umsetzung der Schulstruktureform Hinweise eingegangen seien, dass zwei Schulen geschlossen werden könnten. Eine solche Entscheidung werde s. E. auf die Stadt Emden zukommen, wenn der Rat auf die Umsetzung des Konnexitätsprinzips beharre.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt darüber abstimmen, ob der Beschlussvorschlag in zwei Absätzen abgestimmt werden solle. Dies wird mit Stimmenmehrheit (20 Ja-, 21 Nein-Stimmen) abgelehnt.

Es wird beschlossen, in einem Zuge abzustimmen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden begrüßt, dass die Landesregierung die von den Kommunen erhobene Forderung nach Einführung des Konnexitätsprinzips aufgenommen hat und eine entsprechende Änderung der Landesverfassung beabsichtigt.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Der Rat der Stadt Emden fordert in Konsequenz dieser Absichtserklärung die Landesregierung auf, das Konnexitätsprinzip bereits im Vorgriff bei der Umsetzung des novellierten Schulgesetzes strikt zu beachten und die der Stadt Emden entstehenden Kosten vollständig zu übernehmen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 021
Dagegen: 020
Enthalt.: 002

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 27 Vorlage 14/1085-00
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2004

Herr Lutz erklärt, die Verwaltung habe die beschlossenen Vereinbarungen umgesetzt:

Zur baulichen Unterhaltung der Emsschule berichtet er, dass anhand technischer Untersuchungen festgestellt worden sei, dass die Fenster nicht gefährdet seien. Dabei sei allerdings bemerkt worden, dass die Fenster dermaßen undicht seien, dass innerhalb kürzester Zeit in neue Fenster investiert werden müsse. Diese Investition würde sich schon allein durch die Heizkostensparnis lohnen.

Ergebnis: Kenntnis genommen

Punkt : 28 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Bericht der Frauenbeauftragten

Der Bericht der Frauenbeauftragten wird abgesetzt.

2. Wasserstadt am Hafentor

Herr Brinkmann erkundigt sich, ob in der heutigen Sitzung noch über die Wasserstadt am Hafentor berichtet werden solle.

Es wird beschlossen, im Ausschuss für Stadtentwicklung hierüber zu berichten.

3. Haushalt und Haushaltssatzung

Herr Lutz berichtet, dass der Haushalt und die Haushaltssatzung genehmigt sei. Es gebe noch einige Unklarheiten in der Genehmigungsverfügung, die noch mit der Bezirksregierung diskutiert werden müssten. Nach Klärung dieser Angelegenheiten werde man das Ergebnis dem Rat und dem VA zur Verfügung stellen.

4. Steuerschätzung

Herr Lutz teilt mit, dass am heutigen Tage die Steuerschätzung durchgeführt werde. Es werde verheerende Verluste bei Bund und Ländern geben. Die Kommunen profitierten im Jahre 2004 von den Sofortmaßnahmen, die im Dezember 2003 verabschiedet worden seien

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

(Senkung der Gewerbesteuerumlage). Bundesweit werde es sich um einen Betrag von ca. 1,5 Mrd. € handeln. Dieser Betrag sei im Haushaltsplan schon mit eingesetzt worden, da er sich neutral auf die Haushaltsplanung auswirke. Jedoch würden die Steuereinnahmen für die Jahre 2005 und 2007 nach Ansicht der Spezialisten deutlich niedriger ausfallen, als im Jahr 2003 im Mai bzw. im November geschätzt worden sei. Sobald genauere Zahlen vorlägen, werde er diese den Ratsmitgliedern zukommen lassen.

5. Rückgabe des Budgetentwurfes

Herr Lutz weist darauf hin, dass jedes Ratsmitglied heute ein Budgetbuch erhalten habe. Er bittet die Ratsmitglieder, den Budgetentwurf wieder an die Verwaltung zurückzugeben, falls dies noch nicht geschehen sei.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.